

*nationalsocialisme, etc. ...*). Pour ces différentes raisons, M. Hoffmann aurait préféré présenter un autre candidat; ne l'ayant pas trouvé il se serait ralié à l'avis de son parti<sup>56</sup>. Dennoch wurde ihm von der französischen Regierung das Agrément erteilt, wie Grandval nach gegenteiligen Pressemeldungen Hoffmann am 21. November 1951 erklärte<sup>57</sup>.

Der Nachtragshaushalt 1950 vom 19. Juli 1950 enthielt in seinem außerordentlichen Teil als Teil XVIII Unterteil 8 einen Betrag von 50 Mill. Franken für die *Kosten des Ankaufs und der Einrichtung eines Dienstgebäudes in Paris zur Unterbringung der Vertretung der saarländischen Regierung*<sup>58</sup>. Am 10. Juli 1950 hatte eine erste Ministerbesprechung über den Kauf eines Botschaftsgebäudes in Paris stattgefunden<sup>59</sup>. Im Oktober 1950 war ein Gebäude in der Villa Said in Paris im XVI. Arrondissement als Botschaftsgebäude bereits erworben<sup>60</sup>, und es begann eine Instandsetzung für 10 Mill. Franken.

Im Haushaltsplan wurde für 1953 im Einzelplan I ein Kapitel 9 „Vertretungen des Saarlandes im Ausland“ eingerichtet, dessen Bezeichnung 1954 auf „Diplomatische Vertretung des Saarlandes in Paris“ eingeschränkt wurde. Es wurden an Mitteln und Stellen bereitgestellt:

1953	71,758 Mill. FF	7 Beamte,	6 Angestellte,	5 Arbeiter
1954	68,275 Mill. FF	8 Beamte,	7 Angestellte,	4 Arbeiter
1955	66,450 Mill. FF	7 Beamte,	9 Angestellte,	3 Arbeiter
1956	56,970 Mill. FF	7 Beamte,	9 Angestellte,	3 Arbeiter
1957	9,115 Mill. FF	6 Beamte,	3 Angestellte,	3 Arbeiter <sup>61</sup>

Am 17. Juni 1952 überreichte Dr. Emil Straus dem französischen Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben<sup>62</sup>. Hauptbemühen von Straus in der folgenden Zeit war die Aufnahme offizieller Beziehungen zu möglichst vielen diplomatischen Vertretungen in Paris, um so eine Anerkennung des Staatscharakters des Saarlandes durch möglichst viele Länder zu erreichen.

Die Arbeit der Gesandtschaft ab diesem Zeitpunkt spiegelt sich in den regelmäßigen Monatsberichten an das Amt für europäische und auswärtige Angelegenheiten und an den Ministerpräsidenten wider<sup>63</sup>. Diese Berichte konzentrierten sich jedoch zum Ärger des Auswärtigen Amtes auf die Einzelheiten der täglichen Arbeit anstatt über politische Gespräche und politische Zusammenhänge zu berichten. Der Gesandte erklärte, daß es über diese Gespräche zwar Vermerke gebe, daß er aber aus Gründen der Geheimhaltung die mündliche Unterrichtung der Regierungsmit-

<sup>56</sup> 18.8.1951, Note pour le Président der Soudirection de la Sarre, MAE, EU Europe, 1949-1955, Sarre 140.

<sup>57</sup> 21.11.1951, Grandval an Hoffmann, LA.SB, StK 2340.

<sup>58</sup> LT-Drs, 1.WP, Abt. II, Nr. 512.

<sup>59</sup> 10.7.1950, Vermerk Schlehofer, LA.SB, StK 2340.

<sup>60</sup> 16.10.1950, Hubert Ney, Paris, an Ministerpräsident Hoffmann, ebda..

<sup>61</sup> Regierung des Saarlandes, Ordentlicher Haushalt (ab 1954: Haushaltsplan) des Saarlandes für das Rechnungsjahr 1953-1957.

<sup>62</sup> LA.SB, AA 1283; LA.SB, Ges 16.

<sup>63</sup> LA.SB, AA 1283.